53. Jahrgang. № 181. Freitag, 2. Juli 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Gerichts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — An Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Bei Insektenstichen jeder Art beseitigt Schmerz u. Geschwulst „Culapin". Tube 60 Pfg. Versand nach auswärts. Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

TELEPHON 1771 CLICHÉS JEDER ART WERNER & ZILLER DRESDEN-A. Reissigstr. 52 für Cataloge Inserate Photo-Lithographie Zeichnungen

Wettin-Gartenschläuche sind die besten. Gummi- und Asbest-Compagnie Reinhard Stichler & Böttger Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Tivoli.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weltgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, veränderlich.

Der neue sächsische Minister des Innern Graf Vitzthum von Eckstädt begrüßte gestern seine Beamtenschaft mit einer bemerkenswerten Ansprache.

In Leipzig begann gestern der Spionageprozeß gegen den französischen Kapitän François Finkernagel.

Nach dem Rücktritt Dr. Holles soll, wie verlautet, Oberpräsident von Hegel preußischer Kultusminister werden.

Die gestern zwischen den Mitgliedern der Regierung und Abgeordneten der neuen Mehrheit stattgefundene Konferenz soll zu keinem Resultat geführt haben.

Im Reichstag gab Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg eine Erklärung ab, in der er im Namen des Reichskanzlers und des Bundesrats die Preßäußerungen, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten und persönliche Differenzen zwischen dem Bundesrat, seinen Mitgliedern und dem Reichskanzler beständen, als jeder Unterlage entbehrend zurückwies. Der Bundesrat sei mit der Haltung und dem Vorgehen des Reichskanzlers in der Finanzreform durchaus einverstanden.

Ein halbamtliches Dementi der Mitteilung der „Köln. Ztg." über den Umfall des Bundesrats wird angekündigt.

Der Reichstag beendete gestern die 2. Lesung des Brausteuergesetzentwurfs.

Die Zurückziehung der internationalen Truppen aus Kreta ist auf den 24. Juli festgesetzt.

Russische Besuche in England und die englische Regierung.

Anscheinend auf Betreiben der Kabinette von London und Paris sind unmittelbar nach der Ankündigung der Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus die weiteren, für den laufenden Sommer getroffenen Reisedispositionen des Zaren bekannt gegeben worden. Den Staatsmännern der westmächtlichen Entente mochte begreiflicherweise erwünscht sein, den starken Eindruck, den die Einladung des Zaren an den Deutschen Kaiser gemacht hatte, durch Nachrichten über bevorstehende Besuche des Zaren in England, Frankreich und Italien einigermaßen abzuschwächen. In Zukunft dürfte das russische Ministerium des Aeußeren doch Bedenken tragen, derartige Wünsche der Freunde an der Themse und der Seine zu erfüllen. Es würde damit dem russischen Volke die schweren Beleidigungen und Ehrenkränkungen ersparen, die es sich jetzt, kaum, daß die Reisepläne des Zaren bekannt geworden sind, und wahrscheinlich noch während der ganzen, bis zu dem Besuche verbleibenden Zeit seitens der internationalen Klique sozialistisch-revolutionärer Hetzer gefallen lassen muß. Im englischen Unterhause rief der Abgeordnete Thorne, Mitglied der Arbeiterpartei, als der Sprecher ihm wegen einer ungebührlichen Bemerkung über den Zaren eine Rüge erteilte, der Regierung und dem Hause zu: „Der Zar ist ein unmenschliches Tier!" In einer englischen Zeitung war offen zur Ermordung des russischen Kaisers aufgefordert worden. Ein konservativer Abgeordneter brachte diesen Artikel zur Kenntnis des Unterhauses, aber der General-Attorney Sir Robson erklärte es mit Rücksicht auf den herannahenden Besuch des Zaren für unrätlich und unnötig, über die gegen die verantwortlichen Personen zu unternehmenden Schritte eine Mitteilung zu machen! Ob diese Rücksicht, wenn man es so nennen darf, den Wünschen der russischen Regierung entspricht, kann billig bezweifelt werden. Ebenso ist ein Mitglied der Londoner Geistlichkeit, der Reverend Campbell von City-Temple, ungestraft geblieben, der von der Kanzel herab erklärt hatte, die russische Verwaltungspolitik sei ein moralischer Skandal, der die Erdoberfläche besudele; mit dem Zaren habe die englische Nation nichts gemein. Der der sozialistischen Partei nahestehende Abgeordnete Grayson hat in Huddersfield dieselbe Empfindung für die große Majorität der Engländer in Anspruch genommen. Auch er redete deutlich einem Anschlage gegen das Leben des Zaren das Wort, wenn er u. a. sagte, für Rußland würde es nur ein Glück sein, wenn man dafür sorgte, daß der Zar nicht wieder dorthin zurückkehrte. Zu allen diesen Roheiten und Nichtswürdigkeiten hat die englische Regierung bisher geschwiegen. Sie hat den Kopf in den Sand gesteckt und getan, als sei sie taub gegen alle diese Ausschreitungen, die in einem Lande wie England, wo die monarchischen Anschauungen und Institutionen geradezu als geheiligt gelten, doppelt schwer wiegen.

Mit der liberalen Partei, die im Jahre 1906 mit überwältigender Mehrheit ins Unterhaus einzog und aus der die Mitglieder des Kabinetts und der Premierminister gewählt sind, ist es der Regierung nicht viel besser ergangen. Der liberale Abgeordnete Herbert hat beanstandet, daß dem Parlament ein Kredit für den Empfang des Zaren unterbreitet werden sollte, und Staatssekretär Grey hat sich beeilt, eine dahingehende Frage zu verneinen. Ein anderes Mitglied der liberalen Partei, der Abgeordnete Mackarness, richtete an die Regierung die Anfrage, ob es nicht noch möglich sei, dem Besuche des Zaren, der in amtlicher Form angekündigt sei, in letzter Stunde einen privaten Charakter zu geben. Diese Zumutung wies der Staatssekretär des Auswärtigen allerdings entschieden zurück mit der Bemerkung, es sei gänzlich ausgeschlossen, daß der Besuch des Kaisers von Rußland beim Könige von England sich anders gestalte als die Besuche des Zaren bei anderen Staatsoberhäuptern. Endlich scheint es keineswegs sicher zu sein, daß die liberale Partei oder einzelne liberale Gruppen — die rund 400 Abgeordnete zählende Fraktion ist keineswegs homogen — jede Kritik der Begegnung zwischen Kaiser Nikolaus und König Eduard unterlassen. Der Besuch des Zaren in Cowes wird Anfang August erfolgen. Kurz vorher, wahrscheinlich in der letzten Juli-Woche, wird, nach einer durch den liberalen Abgeordneten Gooch herbeigeführten Erklärung des Premierministers, der Etat des foreign office im Unterhause zur Beratung gestellt werden. Daran wird sich in üblicher Weise eine Debatte über die auswärtige Politik knüpfen, und wie alle Parteien, werden auch die Liberalen über ihr Verhältnis zu dem Herrscher des in die entente cordiale einbezogenen russischen Reiches Rede stehen müssen.

Inzwischen haben sich König Eduard und der Kabinettspräsident mit besonderem Eifer um die in London zu Besuch eingetroffenen Mitglieder der dritten Duma bemüht. Der König hat die unter Führung von Chomjakow gekommene Abordnung im Buckingham-Palast empfangen und artig bemerkt, er habe der Duma von Anfang an ein großes Interesse entgegengebracht und ihre Verhandlungen in den Zeitungen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Herr Asquith begrüßte die russischen Parlamentarier als Gäste und Kollegen und sprach von dem wachsenden freundlichen Einvernehmen zwischen beiden Ländern, das in den letzten zwölf Monaten sogar einem politischen Unwetter standgehalten habe. Und wenige Tage später hielt der Abgeordnete Grayson jene Rede, die den Zaren wegen seiner Angst für sein Leben verhöhnte und den Passus enthielt, für Rußland würde es nur ein Glück sein, wenn man dafür sorgte, daß der Zar nicht wieder dorthin zurückkehrte. Die russischen Abgeordneten haben zu einem solchen Benehmen nicht schweigen können. Sie haben in einer öffentlichen Erklärung vollkommen zutreffend betont, daß ein derartiges Verhalten der sozialistischen Führer ihre Bestrebungen, freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, außerordentlich erschweren müsse. An dieser Erklärung muß auffallen, daß sie kein Wort zum Schutze und zur Rechtfertigung des schwer beleidigten Herrschers enthält. Für Angehörige eines fremden Staates, die Gastrecht genießen, hat es allerdings etwas Mißliches, sich in Auseinandersetzungen einzulassen, die bestenfalls ergebnislos verlaufen, aber auch einen gefährlichen Konflikt heraufbeschwören können. Um so mehr wäre es die Pflicht der englischen Regierung gewesen, den Untertanen des russischen Kaisers, der seinerseits den englischen Wünschen entgegengekommen ist, Genugtuung zu verschaffen. Davon aber ist bisher nichts bekannt geworden, und die russischen Parlamentarier werden, sofern sie nur einen Funken nationaler Ehre im Leibe haben, mit sehr gemischten Gefühlen in ihre Heimat zurückkehren.

Es sollte einleuchtend erscheinen, daß diese Vorgänge der jüngsten Zeit, die in der an das Gehalt des Staatssekretärs Grey anknüpfenden Debatte über die auswärtige Lage voraussichtlich ein Nachspiel haben werden, auf die Beziehungen zwischen Rußland und Großbritannien nicht ohne Rückwirkung bleiben können. Der Zar darf wohl erwarten, daß seine und seines Ministerpräsidenten Stolypin Bemühungen um die Unterdrückung der revolutionären Wirren und die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung seitens der englischen Regierung in ähnlichem Maße Anerkennung finden, wie dies seitens der deutschen Regierung geschehen ist und geschieht. Der soeben von seinem Posten in St. Petersburg geschiedene französische Botschafter Touchard hat geäußert, die Grundlage der Politik Iswolskis sei die französische Allianz im engen Verein mit der englischen Entente. Die russische Regierung hält in der Tat an diesem Standpunkte fest, aber nur soweit sich mit ihm die Fortsetzung der persönlichen und erprobten Freundschaft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus, die auch Herr Touchard anerkennt, und die Pflege gutnachbarlicher Beziehungen zum Deutschen Reiche vereinbaren läßt. Es ist richtig, diese Freundschaft der beiden Monarchen ist erprobt. Vergeblich ist also die Hoffnung, Kaiser Nikolaus durch Verdächtigungen, die gerade jetzt wieder in der englischen Presse gegen Deutschland erhoben werden, von seinem kaiserlichen Freunde abdrängen zu können. Eher könnte es geschehen, daß Rußland in der Revision seiner Beziehungen zu Großbritannien, in die es nach Abschluß der Orientkrise bereits eingetreten ist, energischer und gründlicher fortfährt.

Zur Reichsfinanzreform und inneren Lage.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Zehnter (Zentr.) tritt dann noch besonders für einen von ihm gestellten Antrag ein, die unter gewissen Voraussetzungen für die kleinsten obergärigen Brauereien (bis zu 250 Doppelzentner Malz) vorgesehene Steuerfreiheit für Zucker auf alle obergärigen Brauereien auszudehnen. Ebenso für einen Antrag, für die bereits am 1. Oktober 1908 vorhanden gewesenen Brauereien mit einer bisherigen Durchschnittsverarbeitung von nicht mehr als 150 Doppelzentner Brauroff die Steuer pro Doppelzentner nur auf 12 Mk. (statt 8 Mk.) zu ermäßigen. — Abg. Pichler (Zentr.): Wenn der Abgeordnete Weber erkläre, er und seine Freunde lehnten das alles ab, selbst wenn jetzt seine Anträge angenommen würden, so verlieren seine Anträge jeden Wert. (Sehr richtig! rechts.) Herr Weber verlangt eine allgemeine Besitzsteuer. Aber die Erbanfallsteuer ist auch keine allgemeine Besitzsteuer! (Widerspruch links.) Nein, denn beispielsweise die Aktiengesellschaften fallen doch nicht unter die Erbanfallsteuer. (Lachen links.) Weiter befürwortet Redner einen namentlich von bayrischen Mitgliedern seiner Partei unterzeichneten Antrag, der eine Staffelung der Steuer innerhalb der Grenzen von 10 bis 20 (statt 14 bis 20) Mk. pro Doppelzentner Rohstoff vorschlägt. Die Bemessung der Steuer für die ersten 250 Doppelzentner auf nur 10 Mk. (statt 14) sei im Interesse der kleinen Brauereien unumgänglich. — Abg. v. Gamp (Rp.) hält eine vermehrte Fürsorge für die kleinen Brauereien ebenfalls für nötig. Die Annahme, daß dadurch die Abwälzung erschwert werde, halte er für unzutreffend. Bedauern müsse er, daß man dem Gedanken der Kontingentierung nicht näher getreten sei. Es habe sich dafür nicht nur unter den Brauereien Meinung gezeigt, sondern auch in der Kommission habe für die Kontingentierung Sympathie bestanden. Herr Weber habe in dieser Frage sogar die Führung gehabt und sich nur hinterher der ablehnenden Stellungnahme seiner Parteifreunde gefügt. — Reichsschatzsekretär Sydow akzeptiert einen Zehnterschen Antrag zu den Bestimmungen des § 5 über die Feststellung des für die Höhe der Steuer maßgebenden Gesamtgewichts, bittet aber, an dem Staffeltarif der Vorlage festzuhalten. Der Antrag Pichler würde den Ertrag um mindestens 10 Millionen kürzen. — Abg. Zubeil (Soz.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Pichler stimmen, und übt Kritik an der Steuer-Manie, die nachgerade keinen einzigen Verbrauchsgegenstand, den es in der Welt gebe, unversteuert lasse, zum Nachteil namentlich auch der Arbeiterschaft. Diese Brausteuer-Erhöhung würden die Brauer gezwungenermaßen auf die Gastwirte abwälzen. Wie diese aber die Steuer auf das Publikum weiterabwälzen sollen, das sei noch die Frage. Ein Mittel dazu habe die Regierung nicht angegeben. — Vizepräsident Dr. Paasche: Zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung hat das Wort der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Innern.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

In Preßäußerungen der letzten Tage wird verschiedentlich behauptet, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten und persönliche Differenzen zwischen dem Bundesrat, seinen Mitgliedern und dem Herrn Reichskanzler bestünden. Ich habe im Namen des Herrn Reichskanzlers und des Bundesrates, der mich in seiner soeben abgehaltenen Sitzung hierzu einstimmig ermächtigt und ausdrücklich darum ersucht hat, diese Behauptungen als jeder Grundlage entbehrend zurückzuweisen. Der Bundesrat ist mit Haltung und Vorgehen des Herrn Reichskanzlers in der Finanzreform durchaus einverstanden. Er ist dem Herrn Reichskanzler dankbar, daß er Kaiser und Reich den Dienst erwiesen hat, so lange im Amte zu bleiben, bis die Reform in einer für die verbündeten Regierungen annehmbaren Gestalt erledigt ist. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

SLUB Wir führen Wissen.